

Warum moderne Industriestaaten nur im Frieden überlebensfähig sind

Rolf Bader und Klaus Moegling

Derzeit ist eine globale Rüstungsspirale ungebremsst und mit voller Wucht eingetreten, deren weitere Steigerung und Intensivierung nicht absehbar ist. Dies entzieht den beteiligten Staaten die notwendigen Mittel, um die Klimakrise, den Welthunger oder Pandemien wirkungsvoll begegnen zu können.

„Des einen Sicherheit ist des anderen Unsicherheit. Er fühlt sich bedroht und rüstet auf. Das Ergebnis ist eine Rüstungsspirale. Sicherheit entsteht nicht durch die Stationierung von Raketenabwehrsystemen oder Mittelstreckenwaffen, sondern durch Dialog, Abrüstung und Rüstungskontrolle“, so Angelika Wilmen (2026), Friedensreferentin der Ärzteorganisation IPPNW.

Die Verteidigungsetats der NATO-Staaten sollen zukünftig deutlich über 2% des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Das von der NATO geforderte Ziel wurde inzwischen erfüllt, scheint aber zur Finanzierung der Ausrüstung aus der Sicht von NATO-Experten nicht auszureichen. Bis 2035 sollen die Etats bis hin zu voluminösen 5% (incl. für eine militärische Auseinandersetzung erforderlicher Infrastruktur) steigen.

Allein für Deutschland bedeutet das weit über 200 Milliarden Euro – und das jedes Jahr.

„In Wahrheit folgt diese Aufrüstung einem transatlantischen Stereotyp und einem instinktiven Reflex, gespeist aus Angst, altem Blockdenken und der Unfähigkeit, eigene Fehlannahmen zu überdenken. Dieses Aufrüsten im Eiltempo basiert auf Worst-Case-Bedrohungsszenarien und Annahmen, die von der Realität weitgehend abgekoppelt sind.“ (Pradetto 2025: 19)



Rolf Bader

Dipl. Pädagoge, ehem. Offizier der Bundeswehr, ehem. Geschäftsführer und Mitglied der Deutschen Sektion der IPPNW, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Vorstandsmitglied am ehem. Institut für Psychologie und Friedensforschung e.V.

Prof. Dr. Klaus Moegling

Habilitierter Politikwissenschaftler i.R., er lehrte an verschiedenen Universitäten und Institutionen der Lehrerbildung, zuletzt an der Universität Kassel als apl. Professor im Fb Gesellschaftswissenschaften



Risiken durch die Beendigung des New START-Vertrags

START bedeutet „New Strategic Arms Reduction Treaty“, ist ein Nachfolgevertrag von START I und trat am 5.2.2011 in Kraft. Er wurde zehn Jahre später bis zum 5.2.2026 verlängert. An diesem Tag endete er ohne eine Neuverhandlung.

Der New START-Vertrag sieht vor, dass Russland und die USA

- maximal 1.550 einsatzbereite strategische Atomsprengköpfe,
- sowie 800 Startsysteme (mobile Abschussvorrichtungen, U-Boote, strategische Bomber)
- und 700 einsatzbereite Trägersysteme (z.B. ballistische Raketen) besitzen.
- Außerdem sieht der Vertrag umfangreiche Transparenz-, Kontrollmechanismen und Verifikationsmaßnahmen vor, wie den regelmäßigen Austausch von Daten und die Durchführung von Inspektionen.

Dadurch sollte das Risiko eines nuklearen Konflikts begrenzt und eine Stabilität in den bilateralen Beziehungen zwischen USA und Russland geschaffen werden.

Der New START war ein zentraler Vertrag, der neben den anderen – ebenfalls beendeten Abrüstungs- und Kontrollverträgen – das Risiko eines Dritten Weltkriegs vermindern sollte.

Russland hat 2023 im Zuge seines Angriffs auf die Ukraine den New START-Vertrag ausgesetzt und kritisierte die Vertragsverletzung durch die USA. Russland könne die US-Waffenarsenale nicht mehr besichtigen. Die US-Regierung hatte ebenfalls Zweifel, ob sich Russland noch an die Begrenzungen des Vertrags gehalten hatte. Außerdem wollten die USA die VR China in den Vertrag einbeziehen.

Ein paar Monate später setzte auch die USA die Bestimmungen des New START-Vertrags nicht mehr um, ließ weiterhin keine Kontrollen mehr zu und stellte keine Transparenz mehr her.

Russland kündigte sein weiteres Einhalten der numerischen Begrenzungen des Vertrags an, ließ aber keine Transparenz und Kontrolle zu. Russland signalisierte im September 2025, dass es bereit wäre, die Vertragsgrenzen um ein weiteres Jahr einzuhalten (Bisset 2026). US-Präsident Trump zeigte sich widersprüchlich und unternahm bisher keine Initiativen, um den Vertrag neu auszuhandeln („If it expires, it expires“) - so Daryl G. Kimball (2026) auf der Homepage der ‚Arms Control Association‘:

„Seit ihrem Amtsantritt im Januar letzten Jahres hat seine Regierung weder eine Strategie für die Aushandlung eines neuen Atomwaffenkontrollabkommens mit Russland noch einen Plan vorgelegt, wie sie China in Gespräche über die Verringerung nuklearer Risiken oder Rüstungskontrolle einbeziehen will.“

Welche Gefahren drohen der Welt durch die fehlende Erneuerung des START-Vertrags?

Erstmals seit 1972 gibt es nun keine wirkungsvolle Beschränkung der Nuklearprogramme der beiden Großmächte mehr.

Innerhalb weniger Wochen könnten die einsatzbereiten nuklearen Arsenale der von USA und Russland erheblich vergrößert werden. In relativ kurzer Zeit wäre eine Verdoppelung möglich – so die US-Friedensforscherin Jennifer Knox (2026):

„Die daraus resultierende Aufrüstung, der Mangel an Einblick in die Pläne und Arsenale des jeweils anderen und die Beendigung der formellen bilateralen Konsultationen, die durch das Verifikationssystem des Vertrags hervorgerufen wurden, würden die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland weiter destabilisieren, das Risiko eines nuklearen Konflikts durch Fehleinschätzungen oder Missverständnisse erhöhen und Ressourcen verschwenden, die keines der beiden Länder zu verschenken hat. Eine erneute nukleare Aufrüstungsspirale zwischen den Vereinigten Staaten und Russland könnte auch China und andere Atomkräfte dazu veranlassen, ihre Arsenale zu vergrößern, was zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage weltweit führen würde.“

Mit der Vergrößerung nuklearer Arsenale, aber auch durch die Integration Künstlicher Intelligenz in das nukleare Waffensystem steigt das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen (Bläsius/Siekmann 2021) deutlich – aufgrund falscher Meldungen, zu kurzer Reaktionszeit, fehlender Überprüfungsmöglichkeit der KI-gesteuerten Meldung oder eines technischen Versagens.

US-Marschflugkörper ab Ende 2026 in Deutschland

Ende dieses Jahres wird es voraussichtlich zu einer einschneidenden militärpolitischen Maßnahme in Deutschland mit möglicherweise fatalen Folgen kommen. Die US-Regierung und die Bundesregierung unter Olaf Scholz vereinbarten in einer kurzen und in der Medienöffentlichkeit kaum beachteten „Gemeinsamen Erklärung“ am Rande des Nato-Gipfels Anfang Juli 2024 in New York die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Deutschland: In 2026 sollen nur in Deutschland Tomahawk-Marschflugkörper, SM-6-Raketen und neue Hyperschallwaffen stationiert werden, die konventionell bewaffnet mit über 2000 km Reichweite im Tiefflug in nur wenigen Minuten Zielobjekte in Russland erreichen und russische Atomraketen und andere nukleare Infrastruktur zerstören könnten. Dies könnte Russland veranlassen, seine Atomraketen lieber einzusetzen, bevor es sie verliert („use them or lose them“).

Beschlossen wurde das Rüstungsprojekt ohne ein gleichzeitiges Verhandlungsangebot an Russland - wie es noch beim Nato-Doppelbeschluss unter Helmut Schmidt der Fall war. Ein dichtbesiedeltes Land wie die Bundesrepublik könnte zur Zielscheibe russischer Raketen werden (Erhart 2024).

Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass auch Russland Hyperschallraketen, z.B. die nuklearfähigen Iskander-Raketen, in Kaliningrad, ca. 500 Kilometer von Berlin entfernt, stationiert hat. Russische Hyperschallraketen, z.B. die ‚Wunderwaffe‘ Oreschnik, sind bereits im Krieg in der Ukraine eingesetzt worden. Hier wird deutlich, wie wichtig ein Angebot zur gemeinsamen Abrüstung im Zuge einer vorgesehenen Raketenstationierung gewesen wäre.

Moderne Industriestaaten sind nur unter Friedensbedingungen lebens- und funktionsfähig

Die Verletzbarkeit moderner Industriestaaten resultiert aus einer Synergie von Vulnerabilität und vernichtender Waffenwirkung. Die militärische Verteidigung moderner Industriestaaten ist in einem unüberwindbaren Widerspruch gefangen, denn diese sind strukturell nicht zu verteidigen. (Bader 2023).

Dichte Ballungszentren mit großer Industriekonzentration prägen im Besonderen die Situation in Mitteleuropa. Es hat sich eine Lebens- und Arbeitswelt entwickelt, die durch Komplexität, Vernetzung, Arbeitsteilung, Mobilität, Automation und Information gekennzeichnet ist.

Die Interoperabilität fast aller Arbeitsbereiche durch verschiedenste Kommunikations- und automatisierte Informationssysteme trägt zwar zur Produktions- und Effizienzsteigerung bei, erhöht aber gleichzeitig die Störanfälligkeit und Verwundbarkeit des Gesamtsystems. Die Gefahren durch Cyberangriffe auf lebenswichtige Versorgungseinrichtungen einer Gesellschaft wie Strom, Wasser und Logistik sind allgegenwärtig. Hacker-Angriffe auf die EDV-Systeme des Deutschen Bundestages, Stadtverwaltungen, Banken und Industrieunternehmen waren erfolgreich. Eine Unterbrechung des Kühlsystems von Atomkraftwerken – trotz redundanter Absicherung – wäre ein Super-GAU-Szenario mit unabsehbaren Folgen. Diese Gefahr wurde der Mehrheitsbevölkerung abrupt sichtbar, als mit der Sprengung des Staudamms von Kachowka Anfang Juni 2023 in den besetzten Gebieten der Ukraine die Kühlkette des größten europäischen Atomkraftwerks unterbrochen zu werden drohte.

Insbesondere die Stromversorgung lässt sich kaum gegen Cyberangriffe oder Anschläge schützen. Die Folgen wären gesellschaftliches Chaos und Kontrollverlust.

Aufgrund dieser Gegebenheiten sind die Staaten und ihre Gesellschaften nur unter Friedensbedingungen lebens- und funktionsfähig. Krieg muss unter allen Umständen präventiv verhindert werden.

Auch wenn eine moderne Industriegesellschaft versuchen muss, zumindest ein vertretbares Mindestmaß an nicht-aggressiver Verteidigungsfähigkeit im zivilen und militärischen Bereich zu erreichen, sollte damit keine falsche Sicherheit verkündet werden.

Das Argument, dass mit dieser Einschätzung die für eine Verteidigung gegen einen Aggressor notwendige Kriegsmoral in einem defätistischen Sinne gebrochen würde, ist verfänglich. Würde denn dann hier gefordert, diese Informationen zu verschweigen, also die Bürger zu täuschen? Würde durch eine derartige Täuschung nicht der Druck auf die Regierungen gemindert, sich prioritär für diplomatische Zusammenarbeit und Deeskalation über Verhandlungskompromisse zu entscheiden?

Die Illusion eines atomaren Schutzschirms

Der Politologe und Historiker Herfried Münkler (Spiegel Politik 2023) forderte bereits 2023 eine europäische Atombombe. Derzeit wird zunehmend heftiger diskutiert, ob Deutschland angesichts der russischen Aggression in der Ukraine unter den

atomaren Schutzschirm Frankreichs schlüpfen sollte. Die Fraktionsführerin der Sozialdemokraten im Europaparlament, Katarina Barley (T-Online 2024), thematisiert 2024 ebenfalls die Anschaffung von Atombomben im Zuge einer europäischen Bewaffnung. Auch die deutschen und französischen Regierungschefs, Merz und Macron (Tagesschau.de 2025) bahnen, – so Merz in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2026 – Gespräche über eine europäische nukleare Bewaffnung bzw. die Ausdehnung des französischen nuklearen Schutzschirms an. Am 2. März 2026 begründete Macron (Tagesschau.de 2026) dann die vorgesehene Ausweitung seines Atomprogramms in einer Grundsatzrede mit folgenden problematischen Worten:

„Um frei zu sein, muss man gefürchtet werden. Wer gefürchtet sein will, muss stark sein.“

Immer wieder wird von einem atomaren Schutzschirm gesprochen. Macron will darüber verhandeln, den französischen nuklearen Schutzschirm auf weitere EU-Staaten auszudehnen. Bereits in dieser Wortwahl wird die Problematik deutlich (Moegling 2026). Ein solcher Schutzschirm, den man nur aufspannen müsste, um damit geschützt zu sein, existiert nämlich nicht. Dieser Begriff suggeriert, dass Deutschland oder gar Europa vor angreifenden Raketen mit Nuklearsprengköpfen geschützt sein würde, wenn der nukleare Schutzschirm installiert sein würde. Doch vor Dutzenden gleichzeitig angreifenden Hyperschallraketen mit nuklearen Mehrfachsprengköpfen gibt es keinen Schutz. Die wenigen Minuten Reaktionszeit reichen für eine erfolgreiche Gegenwehr nicht aus. Insbesondere wenn die KI in Waffensysteme integriert ist, bleibt eigentlich nur die Akzeptanz der KI-gestützten Entscheidung, da die von der KI verwendeten Informationen aus Hunderten Sensoren in der Kürze nicht überprüfbar sind (Bläsius/Moegling 2024).

Wer den nuklearen Schutzschirm in diesem Sinne verspricht, versucht die Menschen über die tatsächliche Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung zu täuschen, um seine tatsächlichen militärstrategischen Ziele durchsetzen zu können.

Wer sich etwas besser auskennt, weiß, dass mit dem Begriff des nuklearen Schutzschirms eher die nukleare Abschreckung eines potenziellen Angreifers gemeint ist. Diese Abschreckung würde sich aus der nuklearen Zweitschlagfähigkeit ergeben, wenn ein nuklearer Erstschlag im Gange ist bzw. bereits erfolgt ist. Die Frage ist natürlich hierbei, ob noch ein nuklearer Zweitschlag möglich ist, wenn der Erstschlag mit Atomwaffen nicht abgewehrt werden konnte. Auch hier ist also die Rede von einem nuklearen Schutzschirm problematisch.

Atomares Wettrüsten durch Rüstungskontrolle verhindern

Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wieder herzustellen, zu schützen und zu bewahren wäre gegenwärtig die wohl dringlichste Aufgabe. Vom 27. April bis zum 22. Mai 2026 kommen die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in New York zur Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags zusammen. Nach dem Ende des New-Start-Vertrags wird es wichtig sein, dass die Staatengemeinschaft den Nichtverbreitungsvertrag in seinen Zielen und Verpflichtungen zumindest bekräftigt.

Ebenfalls eine Verlängerung um ein Jahr, wie von der russischen Regierung vorgeschlagen, wäre wichtig, um einen neuen START-Vertrag auszuhandeln, für den versucht werden müsste, auch die VR China hinzuzugewinnen.

Auch u.a. der im August 2019 beendete INF-Vertrag, der die Abrüstung aller landgestützten Nuklearraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern geregelt hatte, müsste wieder neu verhandelt und eingesetzt werden.

Vereinte Nationen stärken

Bei der aktuellen geopolitischen Weltlage wäre eine Stärkung der Vereinten Nationen, die Wahrung der UN-Charta, des Völkerrechts und der Menschenrechte notwendiger denn je!

„Denn der anhaltende Reformbedarf der Weltorganisation sollte nicht den Blick dafür verstellen, dass die Vereinten Nationen für die Stabilität des internationalen Systems unverzichtbar sind. Tragfähige Antworten auf die zentralen Menschheitsprobleme sind besser multilateral zu geben – und spielen in dem Geflecht multilateraler Regime und Organisationen trotz aller Schwächen eine herausragende Rolle.“ (Varwick 2026: 122).

Dieser Verantwortung müssen sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, allen voran die Weltmächte USA, China und Russland stellen.

Insbesondere ist hier auch das Recht zur Blockade in den höchsten Gremien der UN, insbesondere im UN-Sicherheitsrat, durch aggressive Staaten, wie Russland und die USA, abzuschaffen. Insgesamt sind eine Stärkung *und* eine Demokratisierung der Vereinten Nationen notwendig.

Jedoch wird ein Trump-dominiertes sogenannter ‚Friedensrat‘ zu einer Schwächung multilateraler Verständigung und zum Versuch führen, US-Interessen einseitig und z.T. auch völkerrechtswidrig durchzusetzen.

Literatur

- Bader, Rolf (2023): Strukturelle Nichtverteidigbarkeit. In: Wissenschaft & Frieden, <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/strukturelle-nichtverteidigbarkeit/>, H.3, 42-45.
- Bisset, Victoria (2026): USA und Russland: Atomvertrag vor dem Aus. In: Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/politik/der-vertrag-zur-begrenzung-der-atomwaffen-der-usa-und-russlands-laeuft-aus-was-sie-wissen-sollten-zr-94155694.html>, 5.2.2026.
- Bläsius, Karl Hans/Jörg Siekmann (2021): Unintended Nuclear War. In: <https://link.springer.com/article/10.1007/s13218-021-00710-0>, 27.2.2021.
- Bläsius, Karl Hans/Klaus Moegling (2024): AI and War. In: Peace Magazine (CA), <https://www.peacemagazine.org/archive/index.php?id=3024>, 18.5.2024.
- Erhart, Hans-Georg (2024): Ein Albtraum: 2026 könnte von Deutschland aus auf russische Atomarsenale gezielt werden. In: Der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/hans-georg-erhart/sicherheit-von-deutschland-aus-mit-us-wafen-russland-angreifen>, 22.11.2024.
- Kimball, Daryl G. (2026): Trump on New START: 'If It Expires, It Expires'. In: <https://www.armscontrol.org/act/2026-01/news-briefs/trump-new-start-if-it-expires-it-expires>, Jan./Feb. 2026.
- Knox, Jennifer (2026): Nuclear Weapons Without Limits? In: Union of Concerned Scientists, <https://www.ucs.org/resources/nuclear-weapons-without-limits?read-online-content=1>, 13.1.2026.
- Moegling, Klaus (2026): The Only True Nuclear Protective Shield Is Global Disarmament. In: Common Dreams, <https://www.commondreams.org/opinion/no-nuclear-protective-shield>, 26.2.2026.
- Pradetto, August (2025): Gefährlicher Kurs, Berliner Zeitung, 20.06.2025, 19.
- Spiegel Politik (2023): Politologe Herfried Münkler rät Europa zur atomaren Aufrüstung. In: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/militaerische-abschreckung-herfried-muenkler-raet-europa-zur-atomaren-aufruestung-a-49e8f606-1ca4-4b48-82dd-099d611f33d6>, 29.11.2023.
- Tagesschau.de (2025): Münchner Sicherheitskonferenz. Merz geht auf Distanz zu den USA. In: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-muenchner-sicherheitskonferenz-100.html>, 13.2.2026.
- Tagesschau.de (2026): Frankreich erhöht Zahl seiner Atomsprengköpfe. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/frankreich-macron-atomwaffen-100.html>, 2.3.2026.
- T-Online (2024): „Putins Drohungen ernst nehmen“. Barley: EU-Atombombe „kann Thema werden“. In: https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_100342772/katarina-barley-spd-haelt-eu-atombombe-fuer-moeglich.html, 13.2.2024.
- Varwick, Johannes (2026): Stark für den Frieden. Neu-Isenburg: Westend Verlag.
- Wilmen, Angelika (2026): Bringt uns Raketenabwehr mehr Sicherheit? In: Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/meinung/gastbeitraege/raketenabwehr-heizt-das-wettruesten-anstatt-sicherheit-zu-bringen-94138916.html>, 26.1.2026.